

Ressort: Politik

Spahn weist Forderung nach Cannabis-Legalisierung zurück

Berlin, 13.05.2015, 12:23 Uhr

GDN - Der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jens Spahn (CDU), hat mit Zurückhaltung auf die Forderung seines Fraktionskollegen Joachim Pfeiffer nach einer Legalisierung von Cannabis reagiert. "Ein rein wirtschaftspolitischer Zugang greift in dieser Debatte entschieden zu kurz. Mit dem Argument, so könne man den Schwarzmarkt bekämpfen und Steuern einnehmen, könnte man auch die Legalisierung von Heroin begründen. Der gesundheitspolitische Aspekt muss in dieser Frage Priorität haben", sagte Spahn "Zeit Online".

Bisher hat die Union die Legalisierung aus gesundheitspolitischen Gründen abgelehnt. In anderer Hinsicht gab Spahn sich allerdings gesprächsbereit. "Natürlich kann man darüber reden, ob man den Besitz von geringen Mengen von Cannabis bundesweit einheitlich straffrei stellt, um die Konsumenten nicht zu kriminalisieren", sagte er. "Das ist aber was anderes als eine umfassende Legalisierung." Auch das Bundesgesundheitsministerium wies den schwarz-grünen Vorstoß zurück: "Die Bundesregierung hält an der grundsätzlichen Strafbarkeit des Besitzes, des Anbaus, der Einfuhr, der Ausfuhr, des Erwerbs und des Inverkehrbringens von Cannabis fest (§ 29 Absatz 1 Betäubungsmittelgesetz), weil sie Cannabis nicht als harmlose Droge ansieht", teilte das Ministerium auf Anfrage von "Zeit Online" mit. Auch der Vorsitzende der Jungen Union, Paul Ziemiak (CDU), hält nichts von dem Vorstoß Pfeifers. "Eine allgemeine Legalisierung von Cannabis als Rauschdroge lehnen wir ganz klar ab", sagte er der Online-Ausgabe der Wochenzeitung. Pfeiffer ist wirtschaftspolitischer Sprecher der Unions-Fraktion. Er hatte sich am Mittwoch gemeinsam mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Grünen, Dieter Janecek, für eine Legalisierung von Cannabis ausgesprochen. Beide begründen ihren Vorstoß vor allem mit wirtschaftlichen Argumenten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-54521/spahn-weist-forderung-nach-cannabis-legalisierung-zurueck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619